

## **Pressemitteilung: Vernetzungstreffen Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Passau und Stadträtinnen**

Die Debatte rund um das Thema Schwangerschaftsabbrüche am Klinikum Passau ist nach wie vor aktuell. In einer lockeren und offenen Runde tauschten sich die Stadträtinnen Evi Buhmann (CSU) und Erika Träger (Freie Wähler) und zwei Vertreterinnen des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung Passau aus, die dazu in einen Biergarten in der Altstadt eingeladen hatten.

Um die Verwickeltheit der Situation weiß besonders Erika Träger, die bereits vor über 20 Jahren im Stadtrat beantragte, Abbrüche im Rahmen der gesetzlichen Zwölf-Wochen-Frist am Klinikum Passau zu ermöglichen. Dieser und ein weiterer Antrag wurden abgelehnt, die Situation ist heute noch die gleiche wie vor der Jahrtausendwende.

Schwangerschaftsabbrüche werden am Klinikum Passau nach medizinischer oder kriminologischer Indikation durchgeführt, jedoch nicht nach der gesetzlichen Beratungsregelung; so wollen es Stadtrat und Klinikumsausschuss. Dabei ist das Klinikum Passau das führende Schwerpunktkrankenhaus der Region und somit höchst bedeutsam für die medizinische Versorgung von ungewollt Schwangeren. Diese ist in ganz Niederbayern seit Jahrzehnten prekär - lediglich zwei Praxen führen Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung durch.

Laut Sara Köhl vom Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Passau eine große Belastung für Betroffene: Lange Wege, höhere Kosten und eine zusätzliche emotionale Belastung. Auch die freie Arztwahl, die bei anderen medizinischen Behandlungen selbstverständlich sei, falle dadurch weg. Auch Evi Buhmann betont: „Eine derartige Regelung führt nicht zu einem Rückgang von Abbrüchen, sondern erschwert lediglich die Situation für die Schwangere.“

Eigentlich sind die Länder verpflichtet, ein ausreichendes Angebot zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten. Doch das Thema ist heikel und komplex, im Stadtrat herrscht seit jeher Uneinigkeit. Zur Verbesserung der Situation fehlt offensichtlich der politische Wille.

Zum Glück gebe es weiterhin engagierte junge Frauen und Männer, die sich für das Thema einsetzen, so Erika Träger. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Passau gründete sich 2019 aus ProFamilia Niederbayern und ProChoice Passau mit dem Ziel, der medizinischen Unterversorgung von ungewollt Schwangeren in Passau und Niederbayern entgegenzuwirken. Inzwischen sind 25 Passauer Gruppen und Organisationen Teil des Bündnisses.

„Die Vernetzung zwischen Stadträtinnen und Engagierten aus der Zivilgesellschaft ist unabdingbar, um dieses gemeinsame Ziel zu erreichen.“, betont die Aktivistin Susanna Lindlein. „Es braucht sowohl mehr Druck aus der Zivilgesellschaft, als auch den Einsatz von Kommunalpolitiker\*innen.“

Weitere Treffen zwischen Stadträtinnen aller Fraktionen und Aktivistinnen sind geplant.